

Rechtsanspruch und Wirklichkeit

Das Bundesamt für Migration streicht das Geld für die Kinderbetreuung während Integrationskursen und verweist auf die Kitas. Doch dort gibt es zu wenig Plätze

VON FRANZISKA PUDELKO
UND MELANIE STAUDINGER

In München regt sich großer Widerstand gegen die Ankündigung des Bundesamts für Migration, von Oktober an keine Zuschüsse mehr für die Kinderbetreuung während der Integrationskurse zu bezahlen. Nach der Stadtratsfraktion der Grünen fordert nun auch die CSU, eine Übergangslösung für Großstädte wie München zu schaffen, damit Mütter weiter Integrationskurse besuchen können. Das Sozialreferat will beim zuständigen Bundesamt für Migration eine Übergangsfrist erbitten – doch die Behörde winkt jetzt schon ab.

Damit Zuwanderer schneller die deutsche Sprache und die Gepflogenheiten im Land lernen und sich damit besser in die Gesellschaft integrieren können, führte die Bundesregierung im Jahr 2005 die Integrationskurse ein. Gerade Mütter von kleinen Kindern hatten aber Probleme, an diesem Angebot teilzunehmen, weil sie niemanden hatten, der in dieser Zeit auf ihre Kinder aufpassen konnte. Deshalb finanzierte das Bundesamt für Migration eine kursbegleitende Betreuung.

CSU und Grüne fordern eine Übergangslösung, damit Mütter die Kurse besuchen können

Mit den Zuschüssen soll nun aber Ende September Schluss sein. „Unser erklärtes integrationspolitisches Ziel ist es, eine möglichst optimale und professionelle frühkindliche Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund zu gewährleisten“, schreibt das Bundesamt zur Begründung. Die Kinder sollen also in einer regulären Kindertagesstätte untergebracht werden, die andere Qualitätsstandards habe. Die Behörde verweist auf den Ausbau der Betreuungsplätze gerade seit Einführung des Rechtsanspruchs für unter Dreijährige – dieser „biete immense Möglichkeiten, die Integrationschancen dieser Kinder deutlich zu verbessern“. Das bisherige kursbegleitende Angebot hingegen sei eher eine

Beaufsichtigung der Kinder gewesen. Ausnahmen von der Streichung werde es nicht geben, teilt die Behörde auf Nachfrage mit.

Die CSU sieht ihrem Antrag zufolge aber ein großes Problem: Das Angebot an Krippenplätzen reicht in München noch nicht aus, bei der Vergabe der Plätze würden zudem Berufstätige bevorzugt. Ein Wegfall der Kinderbetreuung würde daher für die Mütter bedeuten, dass sie schlicht keinen Integrationskurs besuchen könnten, schreibt Stadtrat Marian Offman. Die Grünen-Fraktion will in einer Anfrage wissen, wie die Stadt die Kinderbetreuung während der Sprachkurse weiter sicherstellen könne.

Auch das Sozialreferat hat die Zuschüsse noch nicht aufgegeben. Es will das Bundesamt für Migration bitten, die Kinderbetreuung nicht sofort einzustel-

len, sondern der Stadt eine Übergangsfrist einzuräumen. In dieser Zeit sollen die kursbegleitenden Angebote in reguläre Plätze umgewandelt werden. Derzeit würden 318 Kinder an 25 Standorten betreut.

Die Träger haben Anfang Juli von der Streichung der Zuschüsse erfahren und reagieren verärgert. „Die Entscheidung diskriminiert die Frau“, sagt Iris Krohn von Treffam, dem Treffpunkt Familie International der Inneren Mission. Ihre Einrichtung suche seit längerem nach einer alternativen Unterbringungsmöglichkeit für die Kinder der zwölf betroffenen Frauen. „Wir schaffen es auch nicht, bis September alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuung zu finden“, sagt Krohn. Zumindest bis Dezember, wenn die laufenden Kurse abgeschlossen seien, müssten die Zuschüsse erhalten bleiben.



Auch eine Lösung: Integrationskurs mit integrierter Kinderbetreuung am Tisch in Gröbenzell.

FOTO: JOHANNES SIMON